

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis — XV

1. Teil

Einführung — 1

- A. Einleitung und Hintergrund der Untersuchung — 1
- B. Ziel der Untersuchung — 2
- C. Gang der Untersuchung — 3

2. Teil

Allgemeines zu den Kommunikationsgrundrechten des Art. 5 Abs. 1 GG — 5

- A. Historische Entwicklung des Grundrechtsschutzes in Deutschland — 5
- B. Die Schutzbereiche der einzelnen Kommunikationsgrundrechte — 7
 - I. Schutzbereich der Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG — 7
 - II. Schutzbereich der Pressefreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 1 GG — 9
 - III. Schutzbereich der Rundfunkfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG — 10
 - IV. Abgrenzungskriterien auf der Grundlage der Schutzbereichsdogmatik des BVerfG — 11
- C. Grundrechtlicher Schutz außerhalb des Grundgesetzes — 12

3. Teil

Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken und ihre grundrechtliche Erfassung — 15

- A. Kommunikation in sozialen Netzwerken und der Begriff des sozialen Netzwerks — 15
 - I. Die Nutzung sozialer Netzwerke in der Praxis — 15
 - 1. Gesellschaftliche Verbreitung der Nutzung sozialer Netzwerke — 15
 - 2. Grundlegende Funktionsweise sozialer Netzwerke — 18
 - II. Ansätze für eine Begriffsbestimmung außerhalb der Rechtswissenschaft — 19
 - III. Der Begriff des sozialen Netzwerks in der Rechtswissenschaft — 21
 - IV. Rückschlüsse für die weitere Untersuchung — 23

- B. Kommunikationsgrundrechte nach Art. 5 Abs. 1 GG bei der Kommunikation in sozialen Netzwerken — 24
 - I. Subjektiv-rechtlicher Gehalt von Art. 5 Abs. 1 GG bei der Kommunikation in sozialen Netzwerken — 24
 - 1. Schwierigkeiten der Einordnung von Online-Kommunikation angesichts der Besonderheiten im Vergleich zur Offline-Kommunikation — 25
 - 2. Auswirkungen auf den verfassungsrechtlichen Schutz — 27
 - (a) Lösung anhand bereits etablierter Abgrenzungskriterien — 27
 - (b) Ansätze zur erweiternden Auslegung von Art. 5 Abs. 1 GG — 29
 - (c) Erfassung der Online-Kommunikation durch die Meinungsfreiheit — 37
 - (d) Fazit — 41
 - II. Die verfassungsrechtliche Stellung der Nutzer sozialer Netzwerke — 41
 - 1. Selbst erstellte Beiträge der Nutzer — 41
 - 2. „Teilen“ der Beiträge anderer Nutzer im sozialen Netzwerk — 41
 - III. Die verfassungsrechtliche Stellung der Betreiber sozialer Netzwerke — 43
 - 1. Eigene Äußerungen der Netzwerkbetreiber — 44
 - 2. Äußerungen der Nutzer in sozialen Netzwerken — 44
 - (a) Nachrichten in Einzel- oder Gruppenchats — 45
 - (b) Beiträge im so genannten Newsfeed — 45
 - 3. Verfassungsrechtlicher Schutz der Betreiber sozialer Netzwerke außerhalb von Art. 5 Abs. 1 GG — 47
 - IV. Objektiver Gehalt von Art. 5 Abs. 1 GG bei der Kommunikation in sozialen Netzwerken — 48
 - 1. Grundsätzliches zum objektiven Gehalt von Grundrechten — 48
 - 2. Objektiver Gehalt der Kommunikationsgrundrechte aus Art. 5 Abs. 1 GG — 52
 - 3. Bedeutung des objektiven Gehalts von Art. 5 Abs. 1 GG für die Kommunikation in sozialen Netzwerken — 53
 - (a) Mittelbare Grundrechtsverpflichtung der Betreiber — 53
 - (b) Verpflichtung des Gesetzgebers zur Schaffung von Ausgestaltungsregelungen zur Grundrechtsausübung? — 61
 - C. Zwischenergebnis zum 3. Teil — 64

4. Teil

Die Regulierung der Kommunikation in sozialen Netzwerken — 67

A. Ausgangslage — 67

- I. Situation in Deutschland — 67
- II. Internationaler Rahmen — 69
 - 1. E-Commerce-Richtlinie — 69
 - 2. Empfehlung der EU-Kommission vom 1. März 2018 — 70
 - 3. Empfehlung des Ministerkomitees des Europarats — 72

B. Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG) — 73

- I. Wesentlicher Inhalt der Regelungen — 73
 - 1. Anwendungsbereich — 73
 - 2. Berichtspflichten — 74
 - 3. Vorgaben zum Beschwerdemanagement — 74
 - 4. Ordnungswidrigkeitentatbestände — 75
 - 5. Inländischer Zustellungsbevollmächtigter — 76
 - 6. Auskunftsanspruch — 76
- II. Maßgebliche Kritikpunkte — 77
 - 1. Fehlende Gesetzgebungskompetenz — 78
 - 2. Auswahl der erfassten Straftatbestände und fehlende Bestimmtheit der rechtswidrigen Inhalte i.S.v. § 1 Abs. 3 NetzDG — 80
 - 3. Vereinbarkeit mit der Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG — 85
 - (a) Eingriffsqualität des NetzDG — 85
 - (b) Fehlanreiz zum Overblocking — 87
 - (c) Fehlende Beteiligung der sich äußernden Nutzer im Beschwerdeverfahren — 93
 - 4. Privatisierung der Rechtsdurchsetzung — 102
 - 5. Zwischenfazit zur Kritik am NetzDG — 105

C. Vorschläge für eine Weiterentwicklung des NetzDG sowie alternative Regulierungsoptionen — 105

- I. Aufhebung oder Teilaufhebung des NetzDG — 106
 - 1. Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der AfD — 106
 - a. Wesentlicher Inhalt — 106
 - b. Bewertung — 106
 - 2. Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion Die Linke — 111
 - a. Wesentlicher Inhalt — 111
 - b. Bewertung — 112
 - 3. Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der FDP — 114
 - a. Wesentlicher Inhalt — 114

b.	Bewertung — 115
4.	Zwischenergebnis — 115
II.	Einführung eines Wiederherstellungsverfahrens (put back) — 116
1.	Ausdrücklich statuierter Wiederherstellungsanspruch — 117
2.	Schaffung eines vorgerichtlichen Verfahrens zur Wiederherstellung — 117
a.	Regelungsvorschlag von Peukert — 118
b.	Regelungsvorschlag im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des NetzDG — 120
c.	Bewertung — 122
3.	Zwischenergebnis — 126
III.	Meldepflicht für strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt — 127
1.	Wesentlicher Inhalt — 127
2.	Bewertung — 128
a.	Beschränkung auf nutzerstarke soziale Netzwerke — 129
b.	Gefahr des Overreporting und mögliche Abschreckungseffekte für die Ausübung der Meinungsfreiheit — 130
c.	Systemwidrigkeit einer Meldepflicht und fehlender Schutz durch Verfahrensanforderungen — 132
3.	Zwischenergebnis und weitere gesetzgeberische Entwicklung — 137
IV.	Klarere Anforderungen an die Ausgestaltung der Meldewege — 138
1.	Wesentlicher Inhalt — 139
2.	Bewertung — 140
V.	Erhöhung der Transparenz im Rahmen der Entscheidungen der Netzwerkbetreiber — 142
1.	Bereits bestehende Regelungen zur Veröffentlichung von Entscheidungskriterien und -begründungen nach dem NetzDG — 143
2.	Forderungen nach einer Pflicht substantieller Begründung sowie einer Veröffentlichungspflicht von begründeten Einzelentscheidungen — 144
3.	Erweiterung der Angaben in den Transparenzberichten — 145
4.	Bewertung und verfassungsrechtliche Gebotenheit einer Veröffentlichungspflicht — 146
a.	Erweiterung der Angaben in den Transparenzberichten — 146
b.	Veröffentlichungspflicht für Einzelentscheidungen der Netzwerkbetreiber — 147

VI.	Bußgeldandrohung auch bei zu weitgehender Löschpraxis —	150
1.	Wesentlicher Inhalt —	150
2.	Bewertung —	151
VI.	Zwischenfazit zu den Vorschlägen für eine Weiterentwicklung des NetzDG —	153
VII.	Vorschlag für einen Digital Services Act (DSA) auf EU-Ebene und Ausblick —	153
5. Teil		
	Zusammenfassung in Thesen und Fazit —	157
	Literaturverzeichnis —	165